Nummer 81

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 70. Jahrgang. Mittwoch, 18. Februar 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingesandte Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Sunk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Grunewald. Inseratenteil: H. Konglewski, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Ausland-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im 1. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat Februar 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rentenmark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Marx tritt heute vor den Landtag.

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages hielt, wie angekündigt, am Dienstag nachmittag eine Sitzung ab, um insbesondere die Geschäftslage zu besprechen. Ministerpräsident Marx hat mitteilen lassen, daß er die Wahl annimmt und am Mittwoch in der auf 2 Uhr anberaumten Plenarsitzung das Kabinett vorstellen wird. Die Regierungserklärung wird etwa 20 Minuten in Anspruch nehmen. Darauf wird der Landtag in eine einstündige Pause eintreten, um dann sofort die Besprechung der Regierungserklärung zu beginnen. Am Donnerstag und Freitag soll diese Besprechung fortgesetzt werden. Am Freitag wird dann am Schluß der Besprechung die Abstimmung über die Anträge zur Regierungserklärung stattfinden.

Voraussetzung für die Abwickelung dieses Programmes bleibt, daß nicht heute schon durch Mißtrauensanträge aus den Kreisen der Rechtsopposition eine Aenderung der Lage herbeigeführt wird. Hierüber werden die Fraktionssitzungen Klarheit bringen, die heute stattfinden werden. Ueber die Möglichkeiten des heutigen Tages erfährt die T. U. aus parlamentarischen Kreisen der Rechtsparteien:

Da Ministerpräsident Marx in den letzten Tagen Verhandlungen mit den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung nicht mehr gepflogen hat, darf als sicher gelten, daß er dem Landtag am Mittwoch ein Ministerium der Weimarer Koalition vorstellen wird. Die Oppositionsparteien können nach allem Vorangegangenen ein derartiges Ministerium, zumal ihm auch Severing angehören soll, nur als eine Herausforderung auffassen und werden sicherlich alle verfassungs- und geschäftsordnungsmäßigen Mittel anwenden, um den Sturz dieses Kabinetts in kürzester Frist herbeizuführen.

Abg. Lange-Hegermann aus der Zentrumspartei ausgetreten.

Aber er will Abgeordneter bleiben.

Die Fraktion des Zentrums des Reichstags veröffentlicht folgende Erklärung:

Nachdem der frühere Reichstagsabg. Dr. Höfle auf Ersuchen des Vorstandes der Fraktion des Zentrums sein Mandat niedergelegt hatte, richtete der Vorsitzende der Fraktion auf Grund des Beschlusses des Vorstandes am 9. Februar an den Reichstagsabgeordneten Herrn Lange-Hegermann folgendes Schreiben:

„Der Reichstagsabgeordnete Dr. Höfle hat im Verfolg der Entwicklung der Untersuchung in der Barmat-Angelegenheit sein Mandat niedergelegt, um der im Gange befindlichen Untersuchung freien Lauf zu lassen und der Fraktion volle Handlungsfreiheit zu geben. Der Vorstand der Fraktion ist der Meinung, daß auch Sie aus denselben Erwägungen heraus Ihr Mandat niederlegen müssen. Sie werden hierdurch ersucht, diesen Schritt sofort zu tun und mir entsprechende Mitteilung zugehen zu lassen."

Herr Lange-Hegermann erbat auf diesen Brief hin Aufschub für seine Erklärung bis zum 14. Februar. Unter dem 16. Februar richtete er ein Schreiben an den Vorsitzenden der Fraktion, in dem er zur Sache folgendes mitteilte:

„Ich kann den Gründen, welche Sie schriftlich anführen und die mich zur Mandatsniederlegung führen müssen, nicht Folge geben. Ich habe mich nach reiflicher Ueberlegung entschlossen, soweit es an mir liegt, alles zu verhindern, daß durch meine Person der Partei Schaden zugefügt wird. Ich trete deshalb hiermit aus der Deutschen Zentrumspartei als Mitglied und somit auch aus der Fraktion der Zentrumspartei des Deutschen Reichstages aus. Den Entschluß wegen Niederlegung meines Mandates werde ich in dem Augenblick fassen, wo der Fragenkomplex, soweit er meine Person angeht, geklärt erscheint."

Der Vorstand der Fraktion hält an seiner Auffassung fest, daß aus den in seinem angeführten Schreiben vom 9. Februar dargelegten Gründen der Verzicht auf das Mandat durch den Abg. Lange-Hegermann geboten war. Nach der Erklärung des Abg. Lange-Hegermann ist er indes nicht mehr in der Lage, namens der Fraktion, der der Abgeordnete Lange-Hegermann nicht mehr angehört, etwas weiteres zu veranlassen.

Wie wir hören, hat der Fraktionsvorstand dem Abg. Lange-Hegermann noch einmal nahegelegt, auch sein Mandat zur Verfügung zu stellen.

•

Zum Fall Lange-Hegermann hatte sich die „Germania" gestern wie folgt geäußert:

„Der Wunsch der Zentrumsfraktion hat mit der juridischen Schuld oder Unschuld Lange-Hegermanns nichts zu tun. In diesen Dingen sieht noch keiner klar und die Fraktion hat keine Veranlassung, dem Richter vorzugreifen. Aber was über die geschäftliche Tätigkeit des Herrn Lange-Hegermann bekannt geworden ist, berechtigte die Fraktion vollauf, zu dem Wunsche, er möge sein Mandat niederlegen. Die bisher unbestrittenen Mitteilungen vertragen sich schlecht mit den moralischen Grundsätzen, die jeder Zentrumspolitiker auch im geschäftlichen Leben zu beachten hat. Die Partei kann es nicht länger dulden, daß ein Abgeordneter aus ihren Reihen täglich mit den unangenehmen Affären in Verbindung gebracht wird, die jetzt die Oeffentlichkeit in so peinlicher Weise beschäftigen."

Das ist in der Tat die allein richtige Grundanschauung, der auch wir uns anschließen. Man kann nur wünschen, daß das Zentrum und alle andern Parteien in diesem Sinne verfahren. Wir geben deshalb die Ausführungen der „Germania" wieder, an der man sonst in den letzten Krisenzeiten so wenig Freude haben konnte.

Der sozialdemokratische Parteiausschuß

befaßte sich am Dienstag mit der allgemeinen politischen Lage und nahm zum Schluß seiner Beratungen einmütig folgenden Beschluß an:

„Der Parteiausschuß gibt nach eingehenden Verhandlungen seiner Uebergezeugung Ausdruck, daß der von der Partei eingesetzte Prüfungsausschuß seine verantwortungsvolle Tätigkeit in richtiger und gerechter Weise ausgeübt hat und vertraut darauf, daß der Ausschuß auch fernerhin die erhobenen Vorwürfe gegen einzelne Parteigenossen prüfen und aus dem Ergebnis dieser Prüfungen gegebenenfalls alle erforderlichen Konsequenzen rücksichtslos ziehen wird.

Der Parteiausschuß warnt zugleich die Parteigenossen dringend, sich durch den systematischen Verleumdungsfeldzug, den gerade die erbittertsten Feinde der Arbeiterklasse gegen die Arbeiterbewegung inszeniert haben, verwirren zu lassen, und so das Ziel der Reaktion zu erleichtern."

Die Akten des Reichsschatzministeriums.

In unserem gestrigen Abendblatt hatten wir mitgeteilt, in einigen Aemtern gehe ein Gerücht, wonach dieser Tage eine Anordnung ergangen sei, wichtige Akten des Reichsschatzministeriums, die im Zusammenhang mit den letzten Skandalaffären stehen, einzustampfen. — Von der zuständigen Stelle im Reichsfinanzministerium wird uns hierzu erklärt, daß eine derartige Anordnung nicht ergangen sei und daß auch nicht die Absicht bestehe, eine derartige Anordnung zu erlassen.

Wir nehmen von dieser Erklärung mit Genugtuung Kenntnis.

Die Eberswalder Dachpappenfabrik A.-G.

teilt uns mit: Der Vorstand unserer Gesellschaft hat das in dem Besitz der Firma J. Roth Akt.-Ges. befindliche Aktienpaket der Eberswalder Dachpappenfabrik Akt.-Ges. käuflich erworben und besitzt nunmehr die Majorität. Dadurch ist die Firma Eberswalder Dachpappenfabrik Akt.-Ges. von der Firma J. Roth Akt.-Ges., welche dem Amerikan-Barmat-Konzern angehört, losgelöst und ist wie bisher eine auf eigenen Füßen stehende, nach allen Richtungen hin unabhängige Gesellschaft.

Haftentlassung von Ministerialdirektor Dr. Kautz.

Ministerialdirektor a. D. Kautz wurde gestern auf Antrag von Justizrat Dr. Wronker gegen Hinterlegung einer Sicherheitsleistung von 50 000 M. aus der Untersuchungshaft entlassen. Dr. Kautz war vor sieben Wochen im Verfolg des Ermittlungsverfahrens gegen Kutisker unter dem Verdacht des versuchten Betruges und der Bestechung verhaftet worden. Es wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er dem von ihm vertretenen Konzern bei den Verhandlungen mit der Staatsbank durch falsche Vorspiegelungen Kredite verschafft hat.

Jahrestag des Speyerer Abkommens.

Mtb. Ludwigshafen, 17. Februar.

Die Blätter der Pfalz gedenken heute des ersten Jahrestages des Abschlusses des Speyerer Abkommens als eines dramatischen Abschnittes in der Geschichte der Pfalz, den das Abkommen zu einem gewissen Abschluß gebracht hat. Allgemein bringt die Presse dabei den Willen zum Ausdruck, ihrerseits an der Verständigung und Befriedung mitzuarbeiten, freilich unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit. Es sei Grundpflicht der Pfälzer, am ersten Jahrestage des Speyerer Abkommens der 11 Landsleute zu gedenken, die während der Separatistenherrschaft ihr Leben lassen mußten, um der Versöhnung und Befriedung eine Gasse zu bahnen. In dem Gedenken an diese Toten und mit dem Dank an die Mitglieder des Kreisausschusses und alle Pfälzer, die sich um den Abschluß des Speyerer Abkommens bemühten, verbindet die Pfalz das Gelöbnis der unverbrüchlichen Treue zu Bayern und zum Reich.

— **Ableben des Regierungspräsidenten a. D. von Schwerin-Wustrau.** Am Sonnabend, den 14. Februar d. J. ist der Regierungspräsident a. D., Wirkliche Geheime Oberregierungsrat von Schwerin-Wustrau nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der in den letzten Jahrzehnten auf dem Gebiete der innern Kolonisation Wegführer gewesen ist.

Noch keine Deutschenausweisungen aus Rumänien.

Berlin, 17. Februar.

Die sensationellen Nachrichten des Budapester Berichterstatters einer hiesigen Zeitung über bereits erfolgte Ausweisungen Deutscher aus Rumänien sind, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, unzutreffend.

Die Stabilisierung des Franken.

Fortsetzung der französischen Kammerdebatte.

EP Paris, 17. Februar.

In der Kammer ist heute vormittag die allgemeine Diskussion über die Finanzpolitik fortgesetzt worden. Mehrere Redner traten für die Stabilisierung des Frankenkurses ein. Sie erklärten, daß bei fallendem Kurse der Spargeist vernichtet werde, bei steigendem Kurse aber das Publikum mit Einkäufen zurückhalte, wodurch eine Stockung im Handel eintrete. Der einzige Ausweg sei die Stabilisierung. Der Abgeordnete Doubois glaubt aber nicht, daß eine Stabilisierung möglich sein werde, wenn nicht der Staat mit gutem Beispiel vorangehe und seine Ausgaben energisch einschränke. Der Abgeordnete Nachel bekämpft diejenigen Redner, die die Rückkehr zur Goldwährung befürwortet haben. Er erklärt, daß dies mit Rücksicht auf die Verschuldung des Staates nicht möglich sei. Nur die Stabilisierung auf dem gegenwärtigen Niveau oder vielleicht etwas tiefer sei zulässig. Ferner kritisierte der Abgeordnete die gestrige Rede Herriots. Herriot habe nicht als Staatsmann gesprochen, sondern als Parteichef. Es sei illusorisch zu glauben, man könne die nationale Eintracht auf einem bestimmten Gebiete pflegen, während man sie auf anderen bekämpfe. Der Begriff der Eintracht erlaube keine Teilung — Der Abgeordnete Tingal du Pouet erklärte im Namen der Minderheit, daß die Minderheitsabgeordneten der Budgetkommission des Budget nicht in allen Teilen Billigen. Sie seien der Ansicht, daß viele unnötige Reformen eingeführt worden seien, wodurch sich die Ausgaben erhöht hätten.

Vertagung der Verbindungskommission der Völkerbundes.

Erhebungen über die staatliche Rüstungskontrolle.

Genf, 17. Februar.

Die Vertreter des Völkerbundsrates in der Verbindungskommission haben heute nachmittag in einer mehrstündigen Sitzung beschlossen, 1. daß die Verbindungskommission nach ihrer morgigen Sitzung vertagt werden soll bis nach der internationalen Konferenz über den Waffenhandel, die im Mai hier stattfindet, 2. daß die Verbindungskommission morgen ein Unterkomitee einsetzen soll, das sich mit einer Anfrage an alle Regierungen wenden wird in welcher Weise sie die staatliche Kontrolle der Rüstungsindustrie bereits vornehmen oder ob sie eine solche Kontrolle in ihre Gesetzgebung einzuführen beabsichtigen, bzw. welche Schwierigkeiten einer solchen Kontrolle bei ihnen entgegenstehen. Nach Erhalt der Antwort der Regierungen und nach der erwähnten internationalen Konferenz über den Waffenhandel soll dann die Verbindungskommission von neuem einberufen werden. Der Beschluß des Ratskomitees stellt sich also dar als Kompromiß zwischen den von England, Belgien, Italien und Schweden vertretenen Standpunkt und dem Standpunkt berühmter Ratsmitglieder.

Die Materialbeschaffung für die Kontrollnote.

Französische Massenverhaftungen im besetzten Gebiet.

Bochum, 17. Februar.

In den letzten Tagen sind in verschiedenen Städten, namentlich in Düsseldorf und Bochum, von den Franzosen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Insgesamt dürfte es sich um rund 40 Personen handeln, denen von seiten der Franzosen Beteiligung an Rechtsorganisationen vorgeworfen wird. Nähere Mitteilungen sind nicht möglich, weil sich die Verhafteten in strenger Einzelhaft befinden. Es ist nicht einmal möglich, die Namen der Verhafteten anzugeben, da selbst den Vertretern der Gesellschaft und caritativen Organe die größten Schwierigkeiten hinsichtlich des Besuches der Gefangenen gemacht werden.

Riesenstreik in den Baumwollspinnereien Schanghais.

TU London, 17. Februar.

Der „Manchester Guardian" berichtet aus Schanghai: 20 000 chinesische Arbeiter in den japanischen Baumwollspinnereien Schanghais streiken seit Montag. Die Streikenden revoltierten, erschossen einen Japaner und verprügelten einen der Direktoren. In den Fabriken sind die Maschinenanlagen zerstört. Die Arbeiter geben Grausamkeiten der japanischen Aufsichtsbeamten als Grund für ihr Vorgehen an. Der japanische Konsul sieht die Lage als ernst an, da die Führung des Streiks in den Händen kommunistischer Elemente liegt.

Kirche und Wirtschaft.

Von
Prof. Dr. Max J. Wolff.

Die Zeitschrift „Der Arbeitgeber" stellt uns diesen Artikel, der in ihrer nächsten Nummer erscheinen wird, schon jetzt zur Verfügung:

In einem beachtenswerten Aufsatz im zweiten Dezemberheft des Jahrganges 1924 des „Arbeitgeber" hat Herr Pastor Rodewald das Verhältnis der Christlichkeit zu der sozialen Frage besprochen. Er gibt zu, daß die augenblicklichen Beziehungen der evangelischen Kirche, sowohl die zu den Arbeitgebern wie zu den Arbeitern, nicht befriedigend sind und nicht der Fülle von geistiger Macht entsprechen, die die Kirche in sich vereinigt oder wenigstens vereinigen sollte. Er macht auch einige beherzigenswerte Besserungsvorschläge, die im wesentlichen auf eine angemessene Ausbildung der jüngeren Geistlichen hinauslaufen, um sie gründlicher und praktischer mit dem Wesen der Wirtschaft vertraut zu machen. Es wäre wohl möglich, auf diese Art ein neues Geschlecht von Seelsorgern heranzuziehen, die sozialen Christentum nicht mit einer unbedingten Unterstützung aller Arbeiterwünsche verwechseln und die ihre wirtschaftlichen Anschauungen nicht aus den „Modern" und ähnlichen Poesien beziehen, also aus Werken, deren Darstellung, wenn sie überhaupt je Geltung hatte, um Jahrzehnte, ja bald um ein Jahrhundert überholt ist. Das wäre gewiß ein Gewinn, aber die große seelische Not unserer Zeit würde dadurch nicht behoben werden. Sie sind nicht durch Personen, sondern durch die Sache hervorgerufen, durch die Kirche selber.

Es ist eine Tatsache, daß in Deutschland heute ein sehr starkes Bedürfnis nach geistlicher Erhebung herrscht. Der Materialismus in Kunst, Wissenschaft und Leben war schon zu Anfang des neuen Jahrhunderts erschöpft, und die furchtbare Zeit des Krieges, des Hungers und des Umsturzes hat dann das ihre dazu beigetragen, um ihn völlig zu entwurzeln und die Gemüter wieder für übersinnliche Werte empfänglich zu machen. Anthroposophen, Theosophen, christliche Wissenschaftler u. a. m. gedeihen in ungeahnter Weise, die Sekte und Gemeinschaftsbildung blüht, die dem neu erweckten seelischen Drange Befriedigung schafft; nur die Kirche hat an dieser geistigen Bewegung keinen Anteil. Es haben sich die Hoffnungen, die die Sozialdemokratie an den erleichterten Austritt aus der religiösen Gemeinschaft knüpfte, nicht erfüllt, aber die Kirche hat es auch nicht verstanden, die Gunst der Zeit zu nutzen, um ihre Macht zu mehren und neue Anhänger zu gewinnen. Im Gegenteil, ihr Einfluß ist immer mehr im Schwinden und beruht in weitesten Kreisen mehr auf Tradition als auf einer lebendigen Kraft.

Und das gilt in erster Linie für das Luthertum und die ihm verbundenen oder von ihm beeinflußten evangelischen deutschen Kirchen. Der Katholizismus hat seine Herrschaft und seine Stellung in ganz anderer Weise zu behaupten gewußt, und ebenso der reine Calvinismus in den angelsächsischen Ländern und in Holland. Niemand glaubt dort, daß die Macht der Kirche gebrochen ist, und niemand jammert untröstlich über die Irreligiosität der Massen. Im Gegenteil, in all diesen Ländern herrscht ein gewaltiges aufsprießendes kirchliches Leben, dem die deutsche evangelische Theologie vielfach die Waffen geliefert hat, die sie zu Hause unbenutzt in der Rüstkammer liegen läßt. Die Massen sind nie irreligiös, denn die Masse ist der Gegenstand des Nationalen, ihrer innersten Natur dem Wahn, dem Glauben und der Mystik zugeneigt. Der Marxismus hätte durch seine blutleere Theorie niemals die große Anziehungskraft auf Millionen ausgeübt, wenn er seine Hegelschen Spitzfindigkeiten nicht in eine Art Eschatologie eingekleidet und dadurch zur Religion erhoben hätte. Er verstand es, die Phantasie und die Sehnsucht der Arbeiterschaft zu befriedigen, die die Kirche nicht zu befriedigen wußte.

Wenn das Luthertum heute verhältnismäßig ungünstig im Vergleich zu dem Calvinismus dasteht, so liegt es nicht an der Lehre. Die Unterschiede zwischen den beiden evangelischen Konfessionen sind so gering, daß sie für den praktischen Glauben kaum existieren und nur durch die Theologen in beiden Lagern wachgehalten werden. Die Unterlegenheit ist in der Ethik und in der politischen Haltung begründet, die die beiden Richtungen seit ihrer Entstehung eingenommen haben. Luther war gewissellos die größere, Calvin trotz seiner zur Schau getragenen Strenge die praktischere Persönlichkeit, der Deutsche war der Mann des Friedens, der Genfer der des Kampfes. Luther wollte sein Werk auf das religiöse Gebiet beschränken und lehnte die Einmischung in die Politik ab, Calvin stürzte sich mit Begeisterung in die Kämpfe des Tages hinein. Er drückte jedem engelnen das Schwert in die Hand und übte dadurch eine ganz andere, wenn auch nicht innerlich bessere Wirkung aus als Luther, der das äußere Schicksal der Gemeinde vertrauensvoll in die Hände der Fürsten und der von Gott gesetzten Autoritäten legte. Seine Mahnung, der Obrigkeit zu gehorchen und sich innerhalb des eigenen Berufes zu beschränken und bescheiden einzurichten, mußte ihre innere Berechtigung verlieren, als Deutschland im vorigen Jahrhundert über die Lage des Agrarstandes hinaus und in größere wirtschaftliche Verhältnisse hineinwuchs, die von jedem einzelnen ein erhöhtes Maß von Selbständigkeit und ein gesteigertes Aufgebot von Arbeit und Energie zur Behauptung seines Platzes im Kampf ums Dasein erforderten. Der Calvinismus fand sich mit der veränderten Wirtschaftslage ungleich leichter ab. Er betrachtete von jeher den Erwerb als etwas